



Geschäftsführung Integrationsrat

Herr Vetter

Telefon: (0221) 221-23195

Fax: (0221) 221-6523195

E-Mail: andreas.vetter@stadt-koeln.de

Datum: 10.01.2012

Niederschrift

über die **Sitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 28.11.2011, 15:00 Uhr bis 17:40 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Tayfun Keltek LDK

Direkt gewählte Mitglieder des Integrationsrates

Herr Ahmet Altinova	KL
Herr Abdullah Aydik	Dein Köln
Frau Lyudmyla Beysorina	Einheit
Frau Barbara Brunelli	GOL
Frau Ebru Coban	KL
Herr Ali Esen	LB
Frau Filiz Kalamani	
Frau Yeliz Karadeli-Yasar	KL
Frau Minu Nikpay	KÖBES
Herr Turan Özküçük	LDK
Herr Dimitri Rempel	Einheit
Herr İlhan Uzun	Mevlana

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Malik Karaman	SPD	
Herr Jürgen Koch	CDU	Vertreter für Herrn van Benthem
Frau Gonca Mucuk	SPD	
Frau Cornelia Schmerbach	SPD	
Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE	
Herr Helmut Jung	CDU	
Herr Efsan Kara	CDU	
Herr Ossi Werner Helling	GRÜNE	

Frau Sylvia Laufenberg	FDP Fraktion
Herr Jörg Uckermann	pro Köln
Frau Sengül Senol	DIE LINKE

Verwaltung

Frau Dr. Beate Blüggel	
Frau Christina Boeck	Vertretung für Frau Dahmen
Frau Ina-Beate Fohlmeister	
Frau Beigeordnete Henriette Reker	
Herr Andreas Vetter	

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Direkt gewählte Mitglieder des Integrationsrates

Herr Özkan Aksoy	Aksoy	
Herr Hasan Ates	KL	entschuldigt
Herr Fevzi Bayrak	LB	
Frau Antonella Giurano	Bunte	
Herr Serkan Kirli	Mevlana	
Herr Tekin Parmaksiz	SPD	
Frau Marion Schneider-Meyer	Integration Colonia	
Herr Fatih Turan	KIM	Nachfolger Herr Mevlüt Ekinci war anwesend
Frau Suzan Ugursoy	INTERFAMILIA	

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Henk Benthem van	CDU	Vertreter ist Herr Jürgen Koch
-----------------------	-----	--------------------------------

Verwaltung

Frau Dagmar Dahmen

Der Vorsitzende Herr Keltek begrüßt die Anwesenden und weist auf die Änderung in der Tagesordnung ‚Gedenkminute für die Opfer rechtsradikaler Gewalt‘ hin.

RM Herr Helling kündigt zu TOP 7.3 Beratungsbedarf an – der TOP wird vertagt.

RM Herr Jung regt an die TOP 4.3 und 4.4 gemeinsam zu behandeln.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Gedenkminute für die Opfer rechtsradikaler Gewalt

Verpflichtung des neuen Mitgliedes im Integrationsrat Herrn Mevlüt Ekinci (Liste KIM)

Vorstellung einer Institution / eines Trägers der Integrationsarbeit - Amt für Weiterbildung Köln / Frau Hammelrath

- 1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**
- 2 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
 - 2.1 Beantwortung einer Anfrage von Frau Mucuk in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 04.10.2011 zum Sachstand Lichtbildausweise Integrationslotsen
4444/2011
 - 2.2 Beantwortung der mündlichen Anfragen zum statistischen Jahresbericht der Ausländerbehörde - 2010
4276/2011
 - 2.3 Beantwortung einer Anfrage von Frau Giurano zur Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern
4504/2011
 - 2.4 Beantwortung von Anfragen zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen
4237/2011
- 3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
 - 3.1 Anfrage zu Schulsporthallen
AN/2008/2011
 - 3.2 Anfrage zum Zehn-Punkte-Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus
AN/2065/2011
- 4 Mitteilungen**
 - 4.1 Jahresbericht 2010 des Amtes für Weiterbildung
3750/2011

- 4.2 Sachstand zur Resolution des Integrationsrates bzw. Rates an die Bundesregierung zur Finanzierung und Durchführung von Integrationskursen 4505/2011
- 4.3 Entwicklung des Zuzugs von Flüchtlingen nach Köln
zuletzt:
TOP 2.1 der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 12.07.2011
3047/2011
- 4.4 Entwicklung des Zuzugs von Flüchtlingen nach Köln
zuletzt:
TOP 4.15 der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 22.09.2011
4323/2011
- 4.5 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - September 2011
4275/2011
- 5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 5.1 Antrag auf Ausstellung von Ausweisen für die Mitglieder des Integrationsrates
AN/2006/2011
- 5.2 Antrag auf Befassung mit dem Schreiben des Integrationsvorsitzenden an Herrn Oberbürgermeister Roters
AN/2058/2011
- 5.3 Antrag zur Wahl der Seniorenvertretung
AN/2061/2011
- 6 Berichte**
- 6.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen
- 6.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)
- 7 Beschlussvorlagen**
- 7.1 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2011
4108/2011
- 7.2 Verwendung der Finanzmittel des Integrationsrates
4581/2011
- 7.3 Abschließende Fortführung einer Untersuchung zur Verbreitung von Rechtsradikalismus im türkischen Milieu
4473/2011

- 8 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 9 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

I. Öffentlicher Teil

Gedenkminute für die Opfer rechtsradikaler Gewalt

Die Mitglieder des Integrationsrates erheben sich und gedenken der Opfer rechtsradikaler Gewalt.

Der Vorsitzende Herr Keltek verliest anschließend einen Resolutionstext, der mit kleineren Änderungen und Ergänzungen wie folgt von den Mitgliedern verabschiedet wird:

„Resolution des Integrationsrates der Stadt Köln

„Aufklärung der rechtsradikal motivierten Morde und Anschläge auf Migrantinnen und Migranten – keine Verharmlosung von Rechtsradikalismus und Rassismus“

In den letzten Jahren haben in Deutschland rechtsextrem motivierte Gewalttäter mutmaßlich neun Mitbürger und eine Polizistin brutal und zielgerichtet ermordet und eine Vielzahl weiterer Personen verletzt.

Mit großer Wahrscheinlichkeit sind sie in Köln für den Sprengstoffanschlag auf den Lebensmittelladen einer deutsch-persischen Familie im Jahr 2001 mit einer schwerverletzten Person, und für den Anschlag mit einer Nagelbombe im Jahr 2004 in der Keupstraße in Köln-Mülheim, bei dem 22 Menschen verletzt wurden, verantwortlich.

Wir gedenken hier der Opfer sowie ihrer Angehörigen:

Enver Şimşek,
Abdurrahim Özdogru,
Süleyman Taşköprü,
Habil Kilic,
Yunus Turgut,
Ismail Yaşar,
Theodoros Boulgarides,
Mehmet Kubaşık,
Halil Yozgat,
Michèle Kiesewetter.

Die Mitglieder des Kölner Integrationsrates sind entsetzt darüber, dass solche eindeutig rassistisch motivierten Morde in Deutschland wieder passieren.

Es ist unsäglich, dass die Morde an Mitbürgern die aus der Türkei und Griechenland stammten, sowie die Anschläge in Köln so lange unaufgeklärt bleiben konnten und von den Sicherheitsbehörden in den nebulösen Bereich möglicher Schutzgelderpressungen und interner Auseinandersetzungen mafiaähnlicher Gruppierungen verwiesen wurden.

Der Integrationsrat fordert die Bundesregierung auf, diese offensichtlich von Rechtsradikalen verübten Verbrechen schonungslos aufzuklären und das Vertrauen der Migrantinnen und Migranten in die deutschen Sicherheitsbehörden wieder herzustellen. Die mögliche Beteiligung von Mitarbeitern der Sicherheitsbehörden ist eine massive Gefährdung der Grundwerte und Substanz unserer Demokratie. Die Öffentlichkeit muss über alle Details und mögliche Verstrickungen informiert, die Ursachen müssen analysiert und die Schuldigen mit aller Härte des Gesetzes bestraft werden.

Diese Entwicklung des rechtsextremen Terrors zeigt, wie wichtig es für die Gesellschaft, die Politik und die Sicherheitsbehörden ist, den Rechtsradikalismus in Deutschland zu keinem Zeitpunkt zu verharmlosen und zu unterschätzen und künftig intensivste Anstrengungen zur Bekämpfung dieser Gewalt zu unternehmen. Wir müssen davon ausgehen, dass es sich bei diesen rechtsextrem orientierten Gewalttätern um die Spitze eines Eisberges handelt und der Rassismus in unserer Gesellschaft, unterstützt von geistigen Brandstiftern und ihren Boulevardmedien, tiefer verwurzelt ist als wir meinen.

Der Rechtsradikalismus muss stärker in seinen Anfängen bekämpft werden. Der Integrationsrat fordert in diesem Zusammenhang eine Rücknahme der von Bundesfamilienministerin Schröder vorgenommenen Kürzung der Bundesmittel zur Bekämpfung von Rechtsradikalismus.

Dass in Deutschland wieder Menschen aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit ermordet werden ist außerordentlich besorgniserregend und verunsichert auch die Kölner Migrantinnen und Migranten in sehr hohem Maß.

Der Integrationsrat fordert die Politiker des Bundes, des Landes, der Stadt Köln und die Zivilgesellschaft und die Medien auf, entschieden gegen Rassismus einzutreten und damit ein deutliches Signal an die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zu geben. Die in Köln vorhandenen Programmbausteine des kommunalen Vorgehens gegen Rassismus müssen weiter entwickelt werden. Die oftmals defizitorientierte und einseitige Diskussion und Berichterstattung über Migrantinnen und Migranten, sowie die Ethnisierung der sozialen Probleme muss ein Ende haben.

Der Integrationsrat wird sich weiterhin für aufklärende und vorbeugende Aktivitäten zur Bekämpfung diskriminierenden, ausgrenzenden und rassistischen Gedankenguts in unserer Stadt einsetzen.

Die oberste Aufgabe ist der Schutz des friedlichen und gleichberechtigten Zusammenlebens in unserer Gesellschaft.“

Abstimmungsergebnis:

Der Resolutionstext wird einstimmig verabschiedet

Verpflichtung des neuen Mitgliedes im Integrationsrat Herrn Mevlüt Ekinici (Liste KIM)

Herr Mevlüt Ekinici von der Liste KIM wird als Nachfolger des ausgeschiedenen IR Mitglied Fatih Turan verpflichtet.

Vorstellung einer Institution / eines Trägers der Integrationsarbeit - Amt für Weiterbildung Köln / Frau Hammelrath

Die Leiterin des Amtes für Weiterbildung Frau Hammelrath präsentiert den Arbeitsbereich ‚Sprachförderung als Grundlage der Integration‘ ihres Amtes.

Der Vortrag ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Auf Nachfrage von RM Frau Mucuk bzgl. einer Kinderbetreuung während der Sprachkurse beschreibt Frau Hammelrath arbeitsrechtliche Probleme, die dies bislang verhinderten. Es müsse daher überlegt werden hierfür Planstellen einzurichten.

RM Herr Helling beschreibt, dass bundespolitisch mit Verweis auf Durchfallerquoten von 10 – 30% bei den Integrationskursen auf eine Integrationsunwilligkeit von Migran-

ten hingewiesen wird. Faktisch bestehen aber -wie von Frau Hammelrath berichtet- nur 3,2 Prozent den Integrationskurs nicht.

Frau Hammelrath ergänzt hierzu, dass 2% der Teilnehmer den Kurs abbrechen.

Frau Hammelrath führt auf Nachfrage von Herrn Pröhl aus, dass es aufgrund des hohen Zuzuges von Kindern und Jugendlichen nach Köln, große Probleme bei der Einrichtung von ausreichenden Seiteneinsteigerklassen gibt. Die RAA verfügt aktuell über elf, teilweise teilzeitbeschäftigte Mitarbeiterinnen; hinzu kommen weitere acht pädagogische Mitarbeiterinnen im Deutsch- und Fremdsprachenbereich.

1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen

Die Verwaltung Frau Reker bedauert, dass aufgrund von Personalproblemen eine Umsetzung des 'Konzeptes zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft' nicht in der Art und Weise erfolgen kann, wie gewünscht. Das Personalproblem beim Interkulturellen Referat besteht in einer ohnehin geringen Personalausstattung, krankheitsbedingten Ausfällen und der Infragestellung von vorhandenen Stellen: Es ist trotz des zusätzlichen Aufgabenfeldes ‚Integrationskonzept‘ und Maßnahmenprogramm kein zusätzlicher Stellenbedarf qualifiziert worden.

Auf Nachfrage des Vorsitzende Herr Keltek führt die Verwaltung Frau Fohlmeister aus, dass derzeit verwaltungsintern durch das zuständige Personal- und Organisationsamt geprüft werde, welche Aufgaben im Interkulturellen Referat wahrgenommen bzw. nicht wahrgenommen werden können und wie die künftige Stellenausstattung sein solle.

Die Verwaltung Frau Reker ruft ins Bewusstsein, dass natürlich an vielen Stellen der Stadt Personalzusetzungen gewünscht werden und dies letztendlich von der Politik im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen (AVR) entschieden werden muss.

RM Herr Helling führt aus, dass der ursprüngliche Gedanke einer Zusetzung von zwei Stellen so nicht übernommen worden ist, sondern dass der AVR in allgemeinerer Form seitens des Integrationsrates um Prüfung der Stellensituation gebeten worden sei. Bei Vorliegen der vom AVR beim Personal- und Organisationsamt in Auftrag gegebenen Untersuchung, sollte sich der Integrationsrat noch einmal mit der Gesamtsituation im Interkulturellen Referat beschäftigen.

Herr Helling fragt nach, wann, neben der aus sieben Vertretern der Dezernate bestehenden Steuerungsgruppe, auch die für die Weiterentwicklung des Integrationskonzeptes und des Maßnahmenprogramms sehr wichtigen Expertengruppen als Bindeglied zwischen Stadtverwaltung und sonstigen Experten einberufen werden.

RM Frau Schmerbach beschreibt den großen Unmut der Stadtgesellschaft hinsichtlich des noch nicht vorgelegten Maßnahmenprogramms und der dringenden Notwendigkeit einer weiteren inhaltlichen Fortschreibung des Konzeptes. Bezüglich des Maßnahmenprogramms bittet sie die Verwaltung um eine aktualisierte Darstellung und verweist auf die Haushaltsplanberatungen im Mai 2012: Sie befürchtet, dass bei nicht zeitgerechter Vorlage des Maßnahmenprogramms ‚das Haushaltsjahr 2012 dann gelaufen sei.‘ Dies könne sich aber weder die Politik, noch die Verwaltung noch die Stadt leisten.

Die Verwaltung Frau Reker teilt die Sichtweise von RM Frau Schmerbach und führt aus, dass sich die ohnehin schlechte Personalsituation im Interkulturellen Referat noch weiter verschlechtert habe.

Zu einigen Punkten im 'Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft' gibt es bereits bestehende Maßnahmen, die seitens der Verwaltung aktuell zusammengestellt werden und die dann dringend in den Haushaltsplanberatungen berücksichtigt werden müssen. Darüber hinaus müssen zu etlichen Punkten des 'Konzeptes zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft' erst noch geeignete Maßnahmen konzipiert werden.

In Beantwortung der Nachfragen von Herrn Helling teilt Frau Reker mit, dass die Steuerungsgruppe getagt hat und die Expertengruppen gerade zusammengestellt werden. Hierzu soll in der nächsten Integrationsratssitzung eine Mitteilung erfolgen. Frau Reker bedauert, die Langsamkeit dieses gesamten Prozesses.

Herr Pröhl beklagt den zeitlich langen Prozess zur Erstellung des 'Konzeptes zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft' bzw. dessen Umsetzung und äußert das Gefühl, dass das Interkulturelle Referat von der Politik allein gelassen werde. Er bittet die politischen Fraktionen diesbezüglich um eine konzertierte Aktion, um künftig einen schnelleren Fortschreibungs- und Umsetzungsprozess von Konzept und Maßnahmenprogramm sicher zu stellen.

Der Vorsitzende Herr Keltok unterstützt diesen Appell an die Politik ausdrücklich.

RM Frau Senol bestätigt, dass mehr Personal benötigt wird, und fragt nach wann mit einer Entscheidung zu rechnen ist.

Die Verwaltung Frau Reker beschreibt, dass Aufgaben und Personalausstattung des gesamten Interkulturellen Referates zur Zeit überprüft werden. Zur voraussichtlichen Dauer bis zu einer Entscheidung kann keine Aussage gemacht werden.

Der Vorsitzende Herr Keltok erklärt die Unterstützung des Integrationsrates in dieser Sache und kündigt an diesbezüglich immer wieder nachzufragen

2 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

2.1 Beantwortung einer Anfrage von Frau Mucuk in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 04.10.2011 zum Sachstand Lichtbildausweise Integrationslotsen 4444/2011

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Anfrage ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

2.2 Beantwortung der mündlichen Anfragen zum statistischen Jahresbericht der Ausländerbehörde - 2010 4276/2011

Auf Nachfrage von RM Herr Jung führt die Verwaltung Frau Boeck aus, dass aufgrund der gesetzlichen Sachlage immer wieder Duldungen erteilt werden müssen, ohne dass eine Legalisierung des Aufenthaltes entschieden werden kann.

Herr Prölß weist auf die bevorstehende Innenministerkonferenz hin und schlägt vor, das Thema Bleiberecht in der nächsten Sitzung zu besprechen, um dann ggfls. hierzu eine Resolution an den Rat zu verabschieden.

Der Vorsitzende Herr Kelttek sagt dies zu und bittet Herrn Prölß um Vorbereitung eines Resolutionstextes.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

2.3 Beantwortung einer Anfrage von Frau Giurano zur Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern 4504/2011

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Anfrage ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

2.4 Beantwortung von Anfragen zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen 4237/2011

RM Frau Laufenberg

- fragt zu Punkt 1 der Beantwortung nach, ob die betroffenen Personen zwischenzeitlich ausgereist sind
- und kritisiert, dass unter Punkt 3 der Beantwortung erneut nicht die einzelnen Kommunen genannt werden und bittet um eine diesbezüglich ergänzende Mitteilung.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

3.1 Anfrage zu Schulsporthallen AN/2008/2011

Es liegt noch keine Antwort der Verwaltung vor.

RM Herr Helling appelliert an die Mitglieder des Integrationsrates, die Verwaltung nur mit Anfragen zu belasten, die eine eindeutige migrationspolitische und strukturverbessernde Zielrichtung haben und führt aus, dass Anfragen ohne Nennung eines konkreten Hintergrundes das Gremium Integrationsrat in einem ‚nicht besonders politischem Licht‘ erscheinen lassen.

RM Frau Mucuk unterstützt diesen Appell und fragt nach Sinn und Zweck der Anfrage.

Der Vorsitzende Herr Kelttek kündigt an, mit Herrn Aydik diese Anfrage zu besprechen.

**3.2 Anfrage zum Zehn-Punkte-Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus
AN/2065/2011**

Es liegt noch keine Antwort der Verwaltung vor.

4 Mitteilungen

**4.1 Jahresbericht 2010 des Amtes für Weiterbildung
3750/2011**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne Aussprache zur Kenntnis.

**4.2 Sachstand zur Resolution des Integrationsrates bzw. Rates an die Bundesregierung zur Finanzierung und Durchführung von Integrationskursen
4505/2011**

RM Frau Mucuk beschreibt in diesem Zusammenhang noch einmal die Notwendigkeit der Lösung des Problems ‚Kinderbetreuung‘.

RM Herr Jung bittet das in der Mitteilung genannte Schreiben vom 07.09.2011 der Niederschrift beizufügen und bittet um erneuten Aufruf des Tagesordnungspunktes in der nächsten Sitzung.

Die Mitteilung wird in der nächsten Sitzung erneut behandelt.

**4.3 Entwicklung des Zuzugs von Flüchtlingen nach Köln
zuletzt:
TOP 2.1 der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom
12.07.2011
3047/2011**

Der Vorsitzende Herr Keltek ruft die Tagesordnungspunkte 4.3 und 4.4 gemeinsam auf.

RM Frau Mucuk bittet um Beantwortung folgender Fragen:

- wie viel Wohnraum steht den Flüchtlingen pro Person aktuell zur Verfügung?
- auf welche Größe soll der Wohnraum pro Person reduziert werden?
- welche Obdachloseneinrichtungen sollen vorübergehend als Notquartiere für Flüchtlinge genutzt werden?
- warum werden diese Notquartiere nicht mehr als Obdachloseneinrichtungen benötigt?

Frau Mucuk kündigt für die SPD-Fraktion an, keinesfalls eine Aufstellung von Zelten am Standort Vorgebirgsstraße mitzutragen.

RM Herr Helling schließt sich bzgl. einer geplanten Aufstellung von Zelten seiner Vorrednerin an. Falls keine geeigneten Gebäude mehr zur Verfügung stünden, wäre es besser Turnhallen für Unterbringungszwecke zu beschlagnahmen.

Er bittet in diesem Zusammenhang um die kurzfristige Bereitstellung folgender Infor-

mationen an die Fraktionen / oder an die Mitglieder des Integrationsrates:

- Zugangszahlen und Abgangszahlen Flüchtlinge in 2009,
- Zugangszahlen und Abgangszahlen Flüchtlinge in 2010,
- bisherige Zugangszahlen und Abgangszahlen Flüchtlinge in 2011,
- für 2011 eine Differenzierung der Zahlen nach Zuweisungen und Weiterleitungen, sowie die Verweildauer der Personen mit Weiterleitung in Köln.

RM Herr Jung beschreibt die Aufstellung von Zelten als allerletzte Maßnahme, für die sich zur Zeit aber keiner ausspreche. Er lehnt eine Nutzung von Turnhallen zu Lasten der Schulkinder ab.

Er sieht allerdings die Notwendigkeit einer Regelung des personellen Engpasses bei der Ausländerbehörde.

Herr Pröhl weist darauf hin, dass die Zahl der Asylsuchenden und der unerlaubt Eingereisten bundesweit um 12% angestiegen sei. Die Bezirksregierung Arnsberg hatte bereits vor über einem Jahr auf diesen Trend hingewiesen.

Die Verwaltung Frau Reker erläutert, dass in den vergangenen Jahren die Unterbringungskapazitäten nicht nur in Köln, sondern auch in vielen anderen Städten reduziert wurden.

Zur Nachfrage von Frau Mucuk teilt Frau Reker mit, dass die bisherige durchschnittliche Quadratmeterzahl pro Flüchtling von 16 qm, in den neu hinzukommenden Unterkünften auf 8 qm reduziert wird; dieser neue Schlüssel wird nicht auf die schon bestehenden Flüchtlingsheime angewandt.

Die Obdachloseneinrichtung Am Springborn soll vorübergehend zur Unterbringung von Flüchtlingen genutzt werden. Eine Nutzung als Obdachloseneinrichtung war aufgrund baulicher Mängel nicht mehr möglich; nach Umbau steht sie jetzt zur Flüchtlingsunterbringung zur Verfügung.

Frau Reker weist darauf hin, dass niemand in der Verwaltung plane Zelte aufzustellen - allerdings müsse diese Option in Anbetracht der Zugangszahlen zumindest theoretisch geprüft werden.

Das Gebäude Herkulesstraße wurde im Rahmen einer ordnungsrechtlichen Anordnung zur Unterbringung von Flüchtlingen ‚ertüchtigt‘. Der Stadtvorstand ist darüber informiert und der erforderliche Ratsbeschluss muss in diesem Notfall nachgeholt werden. Das Gebäude wird im Zweischichtenbetrieb entsprechend umgebaut.

Bzgl. einer Beschleunigung der Bearbeitungszeiten bei der Ausländerbehörde ist seit heute eine zusätzliche Kraft in diesem Bereich tätig – der Einsatz weiterer Kräfte soll in Kürze folgen.

RM Herr Helling ändert im Rahmen einer persönlichen Erklärung seinen Vorschlag der Beschlagnahmung von Turnhallen dahingehend ab, dass mit den Schulen in einen Diskurs getreten werden solle, ob dort die Möglichkeit einer Unterbringung für Flüchtlinge bestehe.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

4.4 Entwicklung des Zuzugs von Flüchtlingen nach Köln

zuletzt:

**TOP 4.15 der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom
22.09.2011
4323/2011**

Dieser Tagesordnungspunkt 4.4 wurde unter dem TOP 4.3 mitbehandelt.

4.5 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - September 2011 4275/2011

Auf Nachfrage von RM Frau Senol teilt die Verwaltung Frau Boeck mit, dass aus jeweils sehr unterschiedlichen Gründen die Erteilung von Bleiberrechten versagt werden musste.

Auf Nachfrage von RM Herr Jung erläutert die Verwaltung Frau Boeck, dass es

- zum Einen auf Länderebene einen um 2 Jahre verlängerten Bleiberechtserlass gibt (hierzu wird noch eine ausführlichere Mitteilung in den Integrationsrat gegeben),
- zum Anderen auf der Innenministerkonferenz eine ‚neues‘ Bleiberecht für die zwischenzeitlich für die seit 8 – 10 Jahren in Deutschland lebenden Flüchtlinge (Stichwort: Kettenduldungen) diskutiert wird, die seinerzeit nicht von den ‚alten‘ Bleiberechtsregelungen erfasst wurden.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

5.1 Antrag auf Ausstellung von Ausweisen für die Mitglieder des Integrationsrates AN/2006/2011

Der Antragsteller IRM Herr Aydik begründet seinen Antrag.

IRM Herr Uzun unterstützt den Antrag mit den in den vergangenen Jahren gemachten Erfahrungen.

Der Vorsitzende Herr Keltek teilt Kosten in Höhe von ca. 250,- € für den Druck von 100 Ausweisen mit.

RM Herr Uckermann beschreibt seine Erfahrungen mit einem Ratsausweis.

IRM Herr Rempel unterstützt den Antrag.

RM Herr Helling versteht das Ansinnen des Antragsstellers und führt aus, dass es z.B. genaue Vorschriften zur Nutzung eines Ratsausweises gibt und dass eine Nutzung in den von den Vorrednern aufgeführten Situationen (Begleitung bei Behördengängen etc.) nicht erlaubt sei. Die Aushändigung eines Ausweises sei somit nur mit einem konkreten Hinweisblatt zur Funktion des Ausweises sinnvoll.

RM Frau Mucuk schlägt in Anlehnung an die Ausführungen von RM Herrn Helling die Umwandlung des Antrages in einen entsprechenden Prüfantrag an die Verwaltung vor, ob die Ausstellung von Ausweisen möglich und sinnvoll ist.

Nach Diskussion stellt der Vorsitzende Herr Keltek den Änderungsantrag von Frau Mucuk zur Abstimmung.

Beschluss:

Änderungsantrag:

Der Integrationsrat bittet die Verwaltung zu prüfen

- inwieweit die Ausstellung von Ausweisen für die Mitglieder des Integrationsrates möglich ist
- wenn ja, zu welchen Zwecken ein solcher Ausweis genutzt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

11 Stimmen für den Änderungsantrag, 6 Stimmen dagegen, keine Enthaltung.

5.2 Antrag auf Befassung mit dem Schreiben des Integrationsvorsitzenden an Herrn Oberbürgermeister Roters AN/2058/2011

Der Vorsitzende Herr Keltek führt aus, dass er als Reaktion auf sein Schreiben zwischenzeitlich von Herrn Oberbürgermeister Roters gebeten worden war ein Grußwort zur Veranstaltung im Rathaus zum 50. Jahrestag des Anwerbeabkommens zu sprechen.

Mit dem vorliegenden Antrag soll ein Votum der Mitglieder eingeholt werden, dass der Integrationsrat bei öffentlichen Veranstaltungen jeweils entsprechend zu berücksichtigen sei.

RM Herr Uckermann kommentiert das Schreiben als „hochgradig albern“ und erhält wegen dieser Wortwahl vom Vorsitzenden eine Ermahnung.

Aufgrund der weiteren Ausführungen „Sie haben den Oberbürgermeister angeschrieben und haben hier im Prinzip sich darüber ausgeweint“ erhält RM Herr Uckermann vom Vorsitzenden einen ersten Ordnungsruf.

Mit einem zweiten Ordnungsruf wird Herr Uckermann anschließend aufgefordert zur Sache zu sprechen.

Der Vorsitzende Herr Keltek lässt über den Antrag von RM Herrn Uckermann ein Wortprotokoll erstellen zu lassen abstimmen.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

RM Frau Schmerbach begrüßt und unterstützt als Mitglied des Integrationsrates ausdrücklich das Schreiben des Vorsitzenden an den Oberbürgermeister.

Der Vorsitzende Herr Keltek lässt über den Inhalt des Schreibens an Herrn Oberbürgermeister Roters abstimmen.

Beschluss:

Die Mitglieder des Integrationsrates unterstützen vollinhaltlich das Schreiben des Vorsitzenden Herrn Keltek an den Herrn Oberbürgermeister Roters zur angemessenen Berücksichtigung der Teilnahme eines Vertreters / einer Vertreterin des Integrationsrates an öffentlichen Veranstaltungen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit einer Gegenstimme zugestimmt.

5.3 Antrag zur Wahl der Seniorenvertretung AN/2061/2011

Der Antragsteller IRM Herr Rempel verteilt einen Auszug aus der letzten Niederschrift des Integrationsrates und erläutert seinen Antrag. Er kündigt an, in dieser Sache die Presse zu informieren und vor Gericht zu klagen.

Die Verwaltung Frau Reker bestätigt, dass unscharf von ‚Personen mit Migrationshintergrund‘ gesprochen wurde und entschuldigt sich dafür. Sie weist gleichzeitig aber darauf hin, dass die Bezeichnung ‚Personen mit Migrationshintergrund‘ die Gruppe der Ausländer mit einbezieht.

Aufgrund dieser unscharfen Bezeichnung in der Diskussion im Integrationsrat kann allerdings nicht wie im Antrag gewünscht, die bestehende Wahlordnung geändert werden.

Der Vorsitzende Herr Keltek weist darauf hin, dass jeder Mensch wenn er für ein Amt kandidieren möchte, vorher die Wahlordnung entsprechend studiert.

RM Herr Helling gesteht zu, dass die gewählte Titulierung nicht ganz korrekt war und verweist auf die gültige Wahlordnung für interessierte Kandidatinnen und Kandidaten. Eine nachträgliche Kooptierung von Mitgliedern ist nicht möglich.

IRM Herr Rempel warnt davor, dass der Integrationsrat sich in dieser Sache unglaubwürdig macht und fordert eine Lösung.

IRM Herr Özküçük weist darauf hin, dass ‚Personen mit Migrationshintergrund‘ keine rechtlich gültige Bezeichnung ist und hält den eventuell entstandenen Schaden für gering.

Herr Dr. Wegener sieht ebenfalls eine missverständliche Information in der Diskussion im Integrationsrat und bittet um Entschuldigung.

Bezogen auf die Begründung im Antrag von Herrn Rempel, dass Personen mit Migrationshintergrund von der Wahl faktisch ausgeschlossen wurden, erläutert er dass dies nicht korrekt sei, da jede interessierte Person mit deutschem Pass oder deutschem und ausländischem Pass ganz regulär kandidieren konnte, so dass mit der gegenwärtigen Wahlordnung niemand benachteiligt worden sei.

RM Herr Uckermann berichtet von seinen Erfahrung bei der Zulassungssitzung, bei der kein Kandidat abgelehnt wurde und der persönlichen Begleitung von Kandidaten zur Seniorenvertretungswahl zum Wahlamt.

Der Vorsitzende Herr Keltek lässt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Die Mitglieder lehnen den Antrag zur Wahl der Seniorenvertretung ab.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei 2 Stimmen für den Antrag und 6 Enthaltungen.

6 Berichte

6.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

RM Frau Mucuk berichtet von einem in der vergangenen Woche durchgeführten Fortbildungsseminar des Integrationsrates und der dort gemachten Feststellung, dass offensichtlich nur sehr wenige Mitglieder des Integrationsrates ihr Amt als sachkundige Einwohner auch aktiv wahrnehmen würden. Diese Abwesenheit komme bei den Ratspolitikern und der Verwaltung nicht gut an. Frau Mucuk fordert deshalb alle sachkundigen Einwohner dazu auf darüber nachzudenken, ob sie künftig ihrer Verpflichtung nachkommen können. Falls dies nicht möglich sei, solle dies doch bitte dem Vorsitzenden oder der Geschäftsstelle mitgeteilt werden. Sie rät dazu im Zweifelsfall lieber Ausschüsse auch unbesetzt zu lassen.

Frau Mucuk bedauert, dass insbesondere die ‚neuen‘ Mitglieder nicht von dem Fortbildungsangebot Gebrauch gemacht haben, da hier Missverständnisse bezüglich der Aufgaben des Integrationsrates hätten ausgeräumt werden können.

Bezogen auf die Diskussion zu den Ausweisen weist Frau Mucuk deutlich darauf hin, dass der Integrationsrat kein Beratungsverein und keine soziale Einrichtung, sondern ein politisches Gremium sei. Die Aufgabe der Mitglieder sei es politische Beschlüsse herbeizuführen und nicht Bürgerinnen und Bürger zu begleiten oder zu beraten.

Der Vorsitzende Herr Keltek lobt die gute Fortbildungsveranstaltung des Integrationsrates mit zwölf Teilnehmerinnen und Teilnehmern, darunter zwei Ratsmitgliedern.

IRM Frau Brunelli berichtet als sachkundige Einwohnerin von der letzten Sitzung des Gesundheitsausschusses. Hier wurde das Projekt ‚Gesund und Mobil‘ vorgestellt, bei dem auch die Thematik ältere Migrantinnen und Migranten angesprochen wurde und bittet darum, dass sich ein Arbeitskreis des Integrationsrates für ältere Menschen mit diesem Projekt beschäftigt.

Der Vorsitzende Herr Keltek macht darauf aufmerksam, dass es diesen Arbeitskreis noch nicht gibt, aber eine Gründung überlegt werden sollte.

IRM Herr Özkücük teilt als sachkundiger Einwohner im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Mitglied in der ausländerrechtlichen Beratungskommission mit, dass keine berichtenswerten Informationen zu vermelden sind.

Der Vorsitzende Herr Keltek kündigt an, die Ausschussarbeit besser organisieren zu wollen.

IRM Frau Nikpay teilt als sachkundige Einwohnerin im Kulturausschuss und im Ausschuss Umwelt und Grün mit, dass keine integrationsrelevanten Themen auf der Tagesordnung standen.

6.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

Der Vorsitzende Herr Keltek weist auf die bevorstehende Mitgliederversammlung des Landesintegrationsrates hin.

Zum geplanten Teilhabe- und Integrationsgesetz hat eine Anhörung im Landtag stattgefunden - über ein Ergebnis ist noch nichts bekannt.

7 Beschlussvorlagen

7.1 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2011 4108/2011

Beschluss:

Für Maßnahmen im Rahmen des Antirassismus-Training im Jahr 2011 werden in einem zweiten Schritt die im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, unter Zeile 15, Transferleistungen, veranschlagten Mittel in Höhe von 1.000 € an das „Kölner Forum gegen Rassismus und Diskriminierung“ für die Veröffentlichung einer Broschüre „Rat & Hilfe bei Diskriminierung und Rassismus. Ein Wegweiser für Anlauf- und Beratungsstellen in Köln“ vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich bei einer Gegenstimme zugestimmt

7.2 Verwendung der Finanzmittel des Integrationsrates 4581/2011

Der Vorsitzende Herr Keltek berichtet von den Planungen zur Umsetzung der am 21.06.2011 u.a. beschlossenen Imagekampagne für den Integrationsrat. Die in 2011 dafür noch zur Verfügung stehenden Mittel reichen bei weitem nicht aus, so dass diese Mittel ins Jahr 2012 übertragen werden sollten. Zusammen mit den dann in 2012 erneut zur Verfügung stehenden Finanzmitteln, könne eine Imagekampagne realisiert werden.

Herr Keltek teilt mit, dass im Rahmen der Haushaltsplananmeldungen für das Jahr 2012 seitens der Verwaltung zur Öffentlichkeitsarbeit des Integrationsrates insgesamt 10.000,- € vorgeschlagen wurden.

RM Herr Jung kündigt mit Verweis auf den letzten Satz der Vorlage ‚Die Verwaltung wird auf dieser Grundlage, sowie unter Berücksichtigung der für das Jahre 2012 dem Integrationsrat zugewiesenen Finanzmittel, eine entsprechende Finanzplanung vorlegen‘ eine Zustimmung an.

Beschluss:

Der Integrationsrat bittet die Kämmerin um Übertragung der Aufwandsermächtigung der zum Jahresende 2011 nicht verausgabten Mittel der Finanzposition 5095.574.2620.2 - Integration - Werbung, Öffentlichkeits- und Pressearbeit - in das Jahr 2012.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt bei einer Gegenstimme.

7.3 Abschließende Fortführung einer Untersuchung zur Verbreitung von Rechtsradikalismus im türkischen Milieu 4473/2011

(Der TOP 7.3 wird kurz vor Ende der Sitzung erneut angesprochen und diskutiert, das Gremium stimmt der Diskussion dieses TOP auf Nachfrage des Vorsitzenden zu)

RM Herr Helling rät aufgrund der Gefahr eines Verfalls von Landesprojektgeldern und in Abänderung der zum Eingang der Sitzung beschlossenen Vertagung des Tagesordnungspunktes zu einer Weiterleitung der Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Sitzungen der Ratsausschüsse.

Der Vorsitzende Herr Keltek bittet seinen Antrag beizufügen.

Die Verwaltung Frau Reker rät im Falle einer Beifügung des Antrages von Herrn Keltek, um eine sprachliche Klarstellung im letzten Satz.

Der Vorsitzende Herr Keltek stellt den Vorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Integrationsrat verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Über einen von Herrn Keltek vorgeschlagenen Änderungsantrag wurde nicht abgestimmt – dieser wird in abgeänderter Form den nachfolgenden Gremien zur Kenntnis gegeben.

Änderungsantrag von Herrn Keltek:

„An den

Vorsitzenden des Integrationsrates

An die

Geschäftsstelle des Integrationsrates

Herrn Andreas Vetter

Antrag gem. § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

Gremium	Datum der Sitzung
Integrationsrat	28.11.2011

Änderungsantrag zu TOP 7.3

„Abschließende Fortführung der Untersuchung zur Verbreitung von Rechtsradikalismus im türkischen Milieu“

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

In Abänderung des TOP 7.3 wird beantragt:

„Der Integrationsrat beschließt in Abänderung der oben genannten Beschlussvorlage eine Befassung mit dem tatsächlichen gesamtgesellschaftlichen Problem des Rassismus und Rechtsradikalismus.

Die vorhandenen Mittel sollen zur Durchführung einer Fachtagung zu folgendem Thema genutzt werden:

„Was erwarten Kölner Migrantinnen und Migranten von Politik und Stadtgesellschaft um ein diskriminierungsfreies und chancengleiches Zusammenleben in unserer Stadt zu gewährleisten?“

Die Veranstaltung sollte hochkarätig besetzt und ihr Ergebnis dokumentiert werden.

Die Verwaltung wird aufgefordert, mit dem Land über eine entsprechende Bereitstellung der für die Jahre 2011 bzw. 2012 in Aussicht gestellten Projektmittel, zu verhandeln.“

Mit freundlichen Grüßen

Tayfun Keltek“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich bei einer Enthaltung ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen

8 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

Beschluss:

Der Integrationsrat beschließt, die eingangs verabschiedete Resolution an die Presse zur Veröffentlichung zu geben.

9 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates

RM Herr Helling bittet zu dem für die Januarsitzung angekündigten ‚Kölner Ausbildungsbericht 2010‘, um eine kurze mündliche Präsentation der Verwaltung.

Der Vorsitzende Herr Keltek schlägt im Zusammenhang mit der von IRM Frau Kalaman erbetenen Auswertung der Teilnahme sachkundiger Einwohner aus dem Integrationsrat in den Ratsausschüssen, die Durchführung eines separaten Treffens der gewählten Migrantenvetreter vor.

IRM Frau Kalaman stimmt diesem Vorgehen zu.

Tayfun Keltek

Vorsitzender

Andreas Vetter

Geschäftsführung